



Duisburg: „Neumühl, halt's Maul!“ – (Anti-) Faschisten bedrohen einheimische Bevölkerung



Für die Einrichtung eines Heims für „Kriegsflüchtlinge“ im ehemaligen Barbara-Hospital sind am Samstagnachmittag rund 150 faschistische „Protestler“ durch den Duisburger Norden gezogen und versetzten die von „Flüchtlingen“ und Zigeunern drangsalierten Bürger in Angst und Schrecken. Der PI-Redaktion liegen Hilferufe von Duisburger Bürgern vor, die sich über eine zunehmende Unterwanderung und immer mehr Zigeuner beklagen. Diese Bürger in Not rufen jeden Abend die Polizei, um sich vor dem Abschaum vor der Haustür zu schützen, aber wen interessiert das schon!

(Von Verena B., Bonn)

Aufgerufen hatten zu dieser Demonstration die „Initiative gegen Duisburger Zustände“. Begleitet wurden die gewaltbereiten Linksextremisten von einer Hundertschaft der Polizei. Den Bürgern in Neumühl, die erschrocken aus den Fenstern schauten, riefen die Faschisten drohend entgegen: „Lasst die Flüchtlinge in Ruhe, sonst lassen wir euch keine Ruhe.“ Mit Schlachtrufen wie „Neumühl, halt's Maul“ zog die sich selbst und Deutschland hassende, primitive Sonnenbrillen-Fraktion mit ihren schwarzen Pudelmützen durch den Duisburger Norden, um sich für das Landes-Asyl im ehemaligen Barbara-Hospital einzusetzen. Augenzeugenberichten zufolge waren die „Demonstranten“ äußerst laut, aggressiv und nur auf Randalen aus. Nach einer kurzen Auftaktkundgebung zogen die Teilnehmer laut Polizei zum Krankenhaus und von dort zum Hohenzollernplatz. Die Polizei erteilte einem Störenfried einen Platzverweis. Neun weitere Platzverweise erhielten Bürger auf dem Weg zur Abschlusskundgebung.

Am Tag zuvor hatten sich auf dem Neumühler Marktplatz rund 150 Demonstranten des (anti-) faschistischen „Duisburger Netzwerks gegen Rechts“ rund 30 Rechtspopulisten von Pro NRW und deren Sympathisanten entgegengestellt.

Die [WAZ](#) stellt sich auf die Seite der Invasoren und des politischen Lumpenpacks, spricht von „Fremdenhass“ der einheimischen Bevölkerung und hetzt in üblicher Manier:

Rechtspopulisten waren bei Demo in Duisburg kaum zu hören

Am Freitagnachmittag hatte die rechtspopulistische Partei Pro NRW zu einer Kundgebung auf den Neumühler Hohenzollernplatz geladen, um dort gegen die von Stadt und Land geplante Landes-Asylbewerber-Erstaufnahmeeinrichtung Stimmung zu machen.

Rund 40 Anhänger von Pro NRW – darunter zahlreiche Jugendliche, viele Mädchen – erschienen zur Kundgebung. Als

diese um 17.30 Uhr in einem von der Polizei abgesperrten Teilbereich des Platzes begann, waren die Redner der Rechtsaußen kaum zu verstehen. [...] Die Duisburger Polizei korrigierte diese Zahlen am Freitagabend und sprach von etwa 30 Rechtspopulisten und etwa 50 Sympathisanten, die sich aber nicht direkt zu den Leuten von Pro NRW dazu gesellten.

Zur Gegendemonstration des „Duisburger Netzwerks gegen Rechts“ hatten sich rund 150 Menschen auf dem Hohenzollernplatz versammelt. Darunter auch Vertreter von SPD, Linkspartei, linken Gruppen, Kirchengemeinden und Jugendzentren, die Musik machten und Lärm verursachten, um die Rechtspopulisten zu übertönen.

Die Polizei war mit 15 Mannschaftswagen vor Ort, begleitete die Kundgebungen, musste aber nicht eingreifen. [...] Die abschließende Polizei-Bilanz: Zwei Platzverweise und zwei Anzeigen wegen des Verstoßes gegen das Vermummungsverbot.

Was Innenminister Jäger über die Duisburger Probleme denkt

Einbrüche, Salafisten, Roma, Rechtsaußen und Asyl: Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) war im „Senftöpfchen“ in Duisburg-Röttgersbach zu Gast. Dort sprach er mit interessierten Bürgern über die Probleme in ihrem Stadtteil – er nannte aber auch mögliche Lösungen.

[...]

In einer gemeinsamen Erklärung fordern der Flüchtlingsrat und die Initiative „Refugee Welcome“, dass das „anständige Duisburg die Flüchtlinge gegen Rassismus und Hetze schützen muss“. Drohungen im Internet und auf offener Straße seien sichtbarer Ausdruck einer Strategie, die das friedliche Zusammenleben der gesamten Stadt bedrohten. „Wir sind wachsam, wenn der braune Mob, wenn Rassisten sich melden. Wir wollen das nicht länger dulden“, heißt es in der Erklärung. Zugleich wird eine „konsequente Verfolgung aller Bedrohungen von Flüchtlingen, auch in den Netzwerken gefordert: „Die

Hetzer und Täter müssen wissen, dass sie auch im Internet nicht anonym sind.“ Zudem sollten Flüchtlinge in Wohnungen und als Übergangslösung in leer stehenden Schulen untergebracht werden.

Die Aufrufe des linksextremen Mobs zur Gewalt gegen das eigene Volk werden von den oben genannten Parteien, den Kirchen und indoktrinierten Jugendzentren unterstützt: Der Faschismus ist in Deutschland angekommen!

Zur Lösung der aktuellen Probleme in Duisburg schlägt ein Kommentator deeskalierend folgendes vor:

„Nachdem 300 Flüchtlinge kommen sollen, kann sich jeder dieser Demonstranten zwei davon mit nach Hause nehmen und sich Kost und Logis mit ihnen teilen. Auch jeder Politiker, der sich für weitere Flüchtlinge einsetzt, sollte mit gutem Beispiel vorangehen und sie bei sich aufnehmen. Dann können wir uns die ganzen Demonstrationen hin und her sparen.“

Diesem vernünftigen Vorschlag können wir uns nur anschließen!